

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



bog

Nr. 01/2014
20. Januar 2014

<u>Inhalt:</u>	Seite
QS-Laborkompetenztest bleibt eine Herausforderung	1
Bundesregierung der 18. Legislaturperiode	1
Delegiertentagung der Fachgruppe Obstbau in Grünberg	2
Mehr Geld für das Schulobst- und -gemüseprogramm	4
Äpfel sind der pure Genuss	5
Verordnungen zur GAP-Reform im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht	5
Griechenland übernimmt Ratspräsidentschaft in der EU	5
Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit nun auch für Rumänien und Bulgarien	6
Situationsbericht 2013/2014 des Deutschen Bauernverbandes	6
Fruit Logistica vom 5. bis 7. Februar 2014	7
Theo Germes neues Mitglied im Bundesausschuss Obst und Gemüse	7
BOG-Vorsitzender Stechmann gratuliert neuem Bundeslandwirtschaftsminister Dr. Hans-Peter Friedrich	7
Saisonarbeitskräfte sind unverzichtbar	8

QS-LABORKOMPETENZTEST BLEIBT EINE HERAUSFORDERUNG

Im Herbst 2013 nahmen 73 Labore aus elf verschiedenen Ländern am Laborkompetenztest teil. Für sieben anerkannte Labore und 21 Labore, die sich derzeit noch im Anerkennungsverfahren befinden, war der Laborkompetenztest Pflicht. 52 Labore erfüllten die an sie gestellten Anforderungen und schlossen den Test mit Erfolg ab, 21 Labore konnten die Anforderungen nicht erfüllen. Für 11 anerkannte Labore und 10 Labore im Anerkennungsverfahren waren die Hürden im Laborkompetenztest zu hoch. Das zeigt, so der Bundesausschuss Obst und Gemüse, dass hier noch gewaltiger Verbesserungsbedarf bei den Laboren besteht und gerade problematische Rückstände und auch Rückstände in geringen Konzentrationen immer noch mit zu hohen Fehlerquoten seitens der Labore bestimmt werden. Deshalb gilt erneut der Appell an alle in der Kette Beteiligten von voreiligen Sperrungen der Betriebe abzuweichen und möglichst unverzüglich die immer wieder unsicheren ersten Ergebnisse über eine weitere B-Probe abzusichern.

Im aktuellen Laborkompetenztest wurden rote Trauben analysiert. Jedes Labor bekam eines von drei unterschiedlichen Testmaterialien zugeschickt, die mit sechs bzw. sieben Wirkstoffen präpariert waren. Für die Analyse hatten die Labore drei Tage Zeit. Um den Laborkompetenztest zu bestehen, mussten alle Wirkstoffe korrekt identifiziert und zusätzlich mindestens zwei Drittel der Wirkstoffe korrekt quantifiziert werden. 29 Labore erhielten die maximale Punktzahl. Besonders herausfordernd für die Analyse war offenbar der Pflanzenschutzwirkstoff Folpet. Er wurde von 14 Laboren, unter ihnen sieben anerkannte Labore, nicht identifiziert. Auch bei der Quantifizierung bereitete der Wirkstoff den Laboren Probleme.

Wie auch in vorangegangenen Tests schnitten Labore, die bereits eine Anerkennung für die Durchführung von Rückstandsanalysen im QS-System haben, deutlich besser ab als Labore im Anerkennungsverfahren. Dennoch konnten dieses Mal auch die anerkannten Labore im Test nicht überzeugen. Zehn von ihnen lieferten keine zufriedenstellenden Ergebnisse ab. Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum vorherigen Test, bei dem lediglich vier von 47 anerkannten Laboren nicht erfolgreich waren. Um ihre QS-Anerkennung nicht zu gefährden, müssen die betroffenen Labore in den nächsten Test mit einem guten Ergebnis ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen.

BUNDESREGIERUNG DER 18. LEGISLATURPERIODE

Am 17. Dezember 2013 wurde die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel, vom Deutschen Bundestag mit 462 von 621 abgegebenen Stimmen zur Kanzlerin in der 18. Wahlperiode gewählt. Im Anschluss an die Ernennung folgte die Vereidigung der Bundeskanzlerin sowie die Ernennung und Vereidigung der neuen Bundesministerinnen und Bundesminister.

Im neuen Bundeskabinett für die 18. Wahlperiode übernimmt Sigmar Gabriel von der SPD das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und ist gleichzeitig Vizekanzler. Dr. Frank-Walter Steinmeier von der SPD wird Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Thomas de Maizière von der CDU Bundesminister des Inneren, Heiko Maas von der SPD Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz, Dr. Wolfgang Schäuble von der CDU Bundesminister der Finanzen, Andrea Nahles von der SPD Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen von der CDU Bundesministerin der Verteidigung, Manuela Schwesig von der SPD Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hermann Gröhe von der CDU Bundesminister für Gesundheit, Alexander Dobrindt von der CSU Bundesminister für Verkehr und Digitale Infrastruktur, Dr. Barbara Hendricks von der SPD Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Professor Dr. Johanna Wanka von der CDU Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Gerd Müller von der CSU Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Peter Altmaier von der CDU Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

Dr. Hans-Peter Friedrich von der CSU wird Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Ihm zur Seite stehen die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth von der CDU und der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser von der CDU. Der Verbraucherschutz wird aus dem bisherigen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ausgegliedert und beim Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz angesiedelt. Im Organisationserlass der Bundeskanzlerin für die neuen Ministerien wird das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz umbenannt in Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der Verbraucherschutz im Bereich Ernährung und Lebensmittel verbleibt im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

DELEGIERTENTAGUNG DER FACHGRUPPE OBSTBAU IN GRÜNBERG

Die diesjährige Delegiertentagung der Fachgruppe Obstbau im Bundesausschuss Obst und Gemüse fand am 27. und 28. November 2013 in Grünberg statt. Der Vorsitzende der Fachgruppe Obstbau, Jens Stechmann, betonte, dass er sehr gerne in die verschiedenen Regionen fahre, um mit den Obstbauern zu diskutieren und um die Bedingungen vor Ort kennen zu lernen. Dies sei für ihn ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Interessenvertretung. „Wir im Obstbau haben ein Netzwerk, um das uns viele andere Berufsstände beneiden. Lassen Sie uns deshalb auch weiterhin geschlossen und mit gemeinsamer Stimme auftreten, für einen starken und erfolgreiche Obstbau“, appellierte er an die Delegierten.

Der Pflanzenschutz ist nach wie vor einer der wichtigsten Bereiche der berufsständischen Arbeit. Die Bekämpfung u.a. von Feuerbrand, Kirschfruchtfliege, Blutlaus und Wanzen wird

auch im kommenden Jahr nur über noch zu erteilende Ausnahmemöglichkeiten bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln möglich sein. Deshalb will die Fachgruppe Obstbau gemeinsam mit den Behörden Strategien entwickeln, damit diese Problemschädlinge im Jahr 2014 bekämpfbar sind nicht zu wirtschaftlich Ertragseinbußen bei den Obstbauern führen.

Bei dem Thema Ausbildung waren sich die Delegierten der Fachgruppe Obstbau einig, dass der deutsche Obstbau gut ausgebildete junge Betriebsleiter und ebenso qualifizierte Mitarbeiter und Berater braucht. Die Delegierten begrüßten ausdrücklich den länderübergreifenden obstbauspezifischen Berufsschulunterricht, wie er bereits in Bayern und Baden-Württemberg erfolgreich praktiziert wird und wie er in diesem Jahr erstmals auch für Berufsschüler des dritten Lehrjahres aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen angeboten wird. Intensiviert werden müsse die Werbung für den Ausbildungsberuf „Gärtner der Fachrichtung Obstbau“, um mehr junge und fachfremde Menschen für diesen Beruf zu begeistern. Gleichzeitig geht ein dringender Appell an alle Obstbauern in Deutschland, wieder verstärkt Ausbildungsplätze anzubieten.

Wilfried Kamphausen von der QS-Gesellschaft stellte das von QS, Berufsstand und dem Lebensmittelhandel als „Schadensbegrenzung“ zu GlobalGAP GRASP entwickelte Modul zu Arbeits- und Sozialbedingungen vor. Er betonte, dass es sich dabei um ein freiwilliges Zusatzmodul handelt und anders als bei Global-GAP für alle Stufen im QS-System gültig und anwendbar ist, so für die Erzeugung, den Großhandel und den Lebensmitteleinzelhandel. Es ist als gangbare Alternative für diejenigen Betriebe anzusehen, die vom ihren Abnehmern aufgefordert werden, sich auf diesem Gebiet neutral überprüfen zu lassen und sonst auf das GRASP-Modul von Global GAP angewiesen wären. Für alle anderen Betriebe die seitens ihrer Abnehmer nicht aufgefordert werden, in diesem Bereich tätig zu werden, habe das Modul keine Relevanz. „Wir starten im Januar 2014 in die Pilotphase und betreten damit völliges Neuland“, erklärte er. „Die Rückmeldungen aus der Praxis sind für uns deshalb außerordentlich wichtig. Sie stellen die Grundlage für eine objektive Prüfung des Leitfadens dar.“ Wilfried Kamphausen betonte, dass die Prüfung nur im Rahmen eines regulären QS- oder QS-GAP-Audits durchgeführt werde und unabhängig von jeder amtlichen Kontrolle sei. Seitens der Delegierten wurde das GRASP-Modul von Global Gap als nicht umsetzbar und auch schon allein aus Gründen des Datenschutzes bei der Vorlage von individuellen Arbeitsverträgen und Lohnzahlungen gegenüber dem Auditor rechtlich in Frage gestellt und strikt abgelehnt.

Zur Nachhaltigkeitsstrategie des deutschen Obstbaus machte Dr. Gerd Palm deutlich, dass das Projekt nur dann erfolgreich sein kann, wenn Nachhaltigkeit in den Betrieben gelebt wird, denn sie muss für den Verbraucher glaubhaft und nachvollziehbar sei.

Mit den „Merkmale erfolgreicher Unternehmen“ setzte sich Clemens Große Macke, Mitglied des niedersächsischen Landtages, Landwirt und Unternehmensberater, auseinander.

Dr. Rainer Langner, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Hagelversicherung VVaG. ging auf die Versicherungslösungen für den Obstbau ein. „Die Vereinigte Hagelversicherung ist ein Versicherungsverein, der den Versicherten gehört. Die eingezahlte Summe fließt also nicht aus dem System ab“, betonte Dr. Langner. Die Schadensquoten seien witterungsabhängig deutlichen Schwankungen unterworfen, der Obstbau habe dabei im Mittel der vergangenen Jahre sogar ein Minus gebracht. Hagelnetze sieht er explizit nicht als Konkurrenz zur Hagelversicherung: „Überall dort, wo sich ein Hagelnetz lohnt, bringt eine Hagelversicherung nichts, weil die Versicherung für alle Beteiligten viel zu teuer wäre.“ Seit 2012 besteht nun die vom Berufsstand bereits lange geforderte Möglichkeit, auch im Sonderkulturbereich Wetterrisiken wie Starkregen- und Sturmschäden versichern. Dr. Langner zog eine erste Bilanz: „Die Versicherung für Hagel ist im Obstbau bereits teuer, deshalb ist die Nachfrage bisher relativ gering.“

Bei den Wahlen stand die Wahl des Vorsitzenden der Fachgruppe Obstbau an. Der bisherige Vorsitzende, Jens Stechmann, wurde mit einem einstimmigen Votum der Delegierten bestätigt, ebenso wie auch Norbert Schäfer für weitere drei Jahre von den Delegierten einstimmig als stellvertretender Vorsitzender bestätigt wurde.

MEHR GELD FÜR DAS SCHULOBST- UND -GEMÜSEPROGRAMM

Die finanziellen Mittel der Europäischen Union für das Schulobst- und -gemüseprogramm sollen von 90 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro im Jahre 2014 steigen. Damit wird auch für die bisher in Deutschland noch nicht teilnehmenden Länder der Einstieg attraktiver, denn neben der Anhebung der Mittel werden in Zukunft auch 75 Prozent Kofinanzierungsmittel aus Brüssel bereitgestellt, sodass der Eigenanteil von 50 auf 25 Prozent sinkt. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Darüber hinaus können ab 2014 auch bis zu 15 Prozent der zugeteilten Finanzmittel für begleitende Maßnahmen eingesetzt werden. Voraussichtlich stehen im Jahre 2014 knapp 20 Millionen Euro in Deutschland an EU-Mitteln zur Verfügung. Bisher standen für Deutschland lediglich 12.330.000 Euro aus Brüssel bereit.

Damit die mit der GAP-Reform in der Marktordnung verabschiedeten Änderungen von den Mitgliedstaaten bereits für das kommende Schuljahr 2014/2015 umgesetzt werden können, wurden die Fristen zur Einreichung der Strategien für das Schulobst- und gemüseprogramm

von Ende Januar 2014 auf Ende April 2014 verschoben. Im deutschen Schulobstgesetz werden nun die Fristen der Europäischen Union angepasst. Dazu hat der Bundesrat am 19. Dezember 2013 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulobstgesetzes beschlossen und in den Bundestag eingebracht. Das Gesetz soll spätestens im März 2014 in Kraft treten. Bisher nehmen an dem Schulobst- und Gemüseprogramm die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen teil.

ÄPFEL SIND DER PURE GENUSS

Der 11. Januar 2014 steht wieder ganz im Zeichen des Deutschen Apfels, so der Bundesausschuss Obst und Gemüse. 2014 ist die vierte Auflage dieses besonderen Tages. Begründet wurde der Apfel-Aktionstag von den deutschen Apfel-Erzeugerorganisationen im Jahre 2010 im Rahmen der Kampagne Deutschland – Mein Garten. Die Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse umrahmt den „Tag des Deutschen Apfels“ zwischen dem 6. und 12. Januar 2014 mit einer besonderen Aktion. An vier Schulen in Berlin und Hamburg werden insgesamt 6.000 leckere Äpfel aus Deutschland verteilt.

Der Apfel ist und bleibt mit Abstand der Deutschen beliebtestes Obst. Und das nicht ohne Grund. Äpfel enthalten viele Vitamine sowie wichtige Mineralstoffe und Spurenelemente und stärken so das Immunsystem. Der Apfel ist der ideale Pausensnack - egal ob auf dem Schulhof, im Büro oder beim Sport im Fitnessstudio - einfach zum reinbeißen.

VERORDNUNG ZUR GAP-REFORM IM AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN UNION VERÖFFENTLICHT

Die Europäische Union hat im Amtsblatt Nr. L347 die Verordnungen zur Reform der GAP am 20. Dezember 2013 veröffentlicht. Die Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen, der gemeinsamen Agrarpolitik und die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind abrufbar im Internet unter

<http://eurlex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ%3AL%3A2013%3A347%3ASOM%3ADE%3AHTML>.

GRIECHENLAND ÜBERNIMMT RATSPRÄSIDENTSCHAFT IN DER EU

Zum 1. Januar 2014 hat Griechenland die Ratspräsidentschaft in der EU für das erste Halbjahr 2014 übernommen. Im zweiten Halbjahr, vom 1. Juli 2014 bis 31. Dezember 2014, wird dann Italien die Ratspräsidentschaft in der EU übernehmen.

Auf dem ersten Agrarrat unter griechischer Präsidentschaft am 17. Februar 2014 wird u.a. die EU-Kommission ihre Berichte zur Direktvermarktung und zu kurzen Vertriebswegen und den seit langem fälligen Bericht zu den Lückenindikationen vorstellen. Ebenso wird es Informationen zu den Änderungen beim Schulobst- und –gemüseprogramm geben. Am 24. März 2014 wird es auf dem Agrarrat eine Studie über Auswirkungen der Reform des Obst- und Gemüsesektors seit 2007 geben, ebenso wie seitens der EU-Kommission Vorstellungen zur Änderung der Verordnung über den Ökolandbau eingebracht werden. Auf dem Agrarrat am 14. April 2014 in Luxemburg wird es um Fischerei- und Olivenöl gehen, und am 19. Mai 2014 wird der Agrarrat u.a. eine Verständigung bei der Werbung für Nahrungsmittel suchen. Am 16. Juni 2014 wieder in Luxemburg wird es u.a. um das Pflanzengesundheitspaket mit den Verordnungen zu Saat- und Pflanzgut gehen. Der informelle Agrarrat in Griechenland wird am 5. und 6. Mai 2014 stattfinden.

Italien übernimmt dann ab dem 1. Juli 2014 die EU-Ratspräsidentschaft. Agrarräte sind vorgesehen am 14. Juli 2014, am 15. September 2014, am 13. und 14. Oktober 2014 sowie am 10. und 11. November 2014 und am 15. und 16. Dezember 2014.

Lettland wird dann zum 1. Januar 2015 die Ratspräsidentschaft übernehmen.

VOLLE ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT NUN AUF FÜR RUMÄNIEN UND BULGARIEN

Vom 1. Januar 2014 gilt auch für Rumänien und Bulgarien die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Nach dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahre 2007 konnte die Freizügigkeit von Arbeitnehmern für eine Übergangsfrist von maximal sieben Jahren eingeschränkt werden. Von dieser Möglichkeit hatte unter anderem Deutschland Gebrauch gemacht. Diese Frist ist abgelaufen und ab dem 1. Januar 2014 gilt auch für Rumänien und Bulgarien nunmehr in Deutschland, wie in allen übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

SITUATIONSBERICHT 2013/2014 DES DEUTSCHEN BAUERNVERBANDES

Im Dezember 2013 ist der Situationsbericht 2013 des Deutschen Bauernverbandes erschienen. Auf 306 Seiten mit 309 Grafiken und 87 Tabellen wird die wirtschaftliche Entwicklung der Land- und Agrarwirtschaft umfassend analysiert.

Der Situationsbericht 2013/2014 kann gegen eine Schutzgebühr von 15 Euro je Stück zuzüglich Versandkosten bestellt werden. Bei einer Bestellmenge von 20 Stück oder mehr können Preisnachlässe eingeräumt werden. Diesbezüglich sind Anfragen an den Deutschen Bau-

ernverband zu richten. Einzelbestellungen des Situationsberichtes sind online unter www.bauernverband.de/situationsbericht-2014 möglich. Darüber hinaus ist der Situationsbericht 2013/2014 auch im Internet abrufbar unter www.bauernverband.de/situationsbericht-2014 und kann als Download heruntergeladen werden.

FRUIT LOGISTICA VOM 5. BIS 7. FEBRUAR 2014

Die Fruit Logistica findet vom 5. bis 7. Februar 2014 auf dem Berliner Messegelände statt. Die Fruit Logistica ist die internationale Leitmesse für den internationalen Fruchthandel. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Eröffnet wird die Fruit Logistica am Dienstag, dem 4. Februar 2014 um 19 Uhr im Palais am Funkturm. Argentinien ist in diesem Jahr das offizielle Partnerland der Fruit Logistica.

Die Fruit Logistica ist vom 5. bis 7. Februar 2014 täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.fruitlogistica.de.

THEO GERMES NEUES MITGLIED IM BUNDESAUSSCHUSS OBST UND GEMÜSE

Die Fachgruppe Gemüsebau im Bundesausschuss Obst und Gemüse delegierte Herrn Theo Germes als neues Mitglied in den Bundesausschuss Obst und Gemüse. Theo Germes folgt Gerhard Schulz, der im Oktober als Vorsitzender des Bundesausschusses Obst und Gemüse ausgeschieden ist.

Theo Germes ist Gemüseanbauer vom Niederrhein und Vorsitzender der Fachgruppe Gemüsebau im Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauer.

Die Mitglieder des Bundesausschusses Obst und Gemüse freuen sich auf die Zusammenarbeit mit Theo Germes.

BOG-VORSITZENDER STECHMANN GRATULIERT NEUEM BUNDESLANDWIRTSCHAFTSMINISTER DR. HANS-PETER FRIEDRICH

Der Vorsitzende des Bundesausschusses Obst und Gemüse Jens Stechmann hat Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich zu seiner Ernennung zum Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft gratuliert. Stechmann verbindet seine Gratulation mit dem Wunsch auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle des deutschen Obst- und Gemüsebaues. Ebenso gratulierte der Vorsitzende Stechmann den beiden ernannten Parlamentarischen Staatssekretären, Dr. Maria Flachsbarth und Peter Bleser.

Dr. Hans-Peter Friedrich wurde am 10. März 1957 in Oberfranken geboren und ist verheiratet und hat drei Kinder. Friedrich ist Doktor der Rechte und seit 1998 im Deutschen Bundestag. In der 17. Wahlperiode war Dr. Hans-Peter Friedrich ab März 2011 Bundesminister des Inneren.

SAISONARBEITSKRÄFTE SIND UNVERZICHTBAR

Seit Jahren gibt es kaum Probleme bei der Beschaffung osteuropäischer Saisonarbeitskräfte. Seit dem 1. Januar 2014 können auch Rumänen und Bulgaren in allen EU-Ländern in allen Bereichen ohne zeitliche Begrenzung arbeiten. Damit können Rumänen und Bulgaren auch in allen Wirtschaftsbereichen in Deutschland arbeiten. Eine Ausnahmeregelung besteht nur noch für Kroatien. Somit konkurrieren in Deutschland alle Wirtschaftsbereiche um osteuropäische Arbeitskräfte. Damit ist nicht auszuschließen, dass für Sonderkulturbetriebe die Konkurrenz größer wird. Die Bundesagentur für Arbeit hat sich aus der Vermittlung zurückgezogen, da ihre freiwilligen Angebote nicht genutzt wurden. Dies zeigt, dass es derzeit den Betrieben gelingt, Saisonarbeitskräfte in ausreichender Zahl zu bekommen. Diese Situation ist auch abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Europa und der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen in Rumänien, Polen und Bulgarien.

Seit Jahren wird auf der Internetplattform www.saisonarbeit-in-deutschland.de eine Hilfestellung für Unternehmen angeboten. Auf der Internetplattform wird dem Unternehmen eine kostengünstige Möglichkeit geboten, ihren Betrieb in Polen, Rumänien, Bulgarien und Deutschland mit einem Betriebsprofil und Bildern in der jeweiligen Landessprache zu präsentieren. Interessierte Saisonarbeitskräfte können sich auf der Internetplattform in ihrer Sprache über den Betrieb informieren und dann entscheiden, ob sie mit diesem Kontakt aufnehmen wollen. Die Arbeitgeber haben auf www.saisonarbeit-in-deutschland.de eine Möglichkeit, ihren Betrieb einfach, schnell und kostengünstig interessierten ausländischen Saisonarbeitskräften vorzustellen. Eine Weiterleitung zu einer eigenen Homepage ist möglich. Eine direkte Vermittlung von Saisonarbeitskräften erfolgt durch die SinD GmbH nicht. Die SinD GmbH (www.sind-gmbh.de) ist eine Gesellschaft des Gesamtverbandes der Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände. Die Einstellung eines Betriebsprofils kostet im Kalenderjahr 102 Euro inkl. Mehrwertsteuer.